



Corona-Krise: Beratung findet unter strengen Hygieneregeln statt

CARITAS IN DER CORONA-KRISE

Hilfe coronagerecht organisiert

Mit den Erfahrungen aus dem Frühjahr bleiben die Beratungsdienste der Caritas im neuen Lockdown offen. Caritasverbände und ihre Fachverbände Sozialdienst katholischer Frauen (SKF) und Sozialdienst Katholischer Männer (SKM) haben viele Hilfen coronagerecht neu organisiert und können weiterhin Beratung anbieten.

Der Aufwand sei allerdings nicht gering und die Frage, wer die Mehrkosten trage, nicht geklärt, sagt Bernward Stelljes, Vorstand der Caritas Emsdetten-Greven. Dort wie in allen örtlichen Verbänden sind die Laufwege neu definiert, Spuckschutzwände und teilweise auch CO₂-Messgeräte sowie Raumluftfilter installiert worden. Wenn es

eng wird, wie bei Fahrten mit behinderten Klienten, kommen zum Beispiel bei der Caritas Duisburg FFP-2-Masken zum Einsatz.

In Borken unternimmt die Erziehungsberatung der Caritas wieder vermehrt "Gedankengänge", also Beratungsgespräche im Rahmen eines Spaziergangs, eine Methode, die sich im Frühjahr bewährt hat und bei Klienten gut angekommen ist. Allerdings setzen in allen Beratungsstellen die Mitarbeitenden verstärkt auf Onlineberatung oder Telefon, Video- und E-Mail-Beratung. Die persönlichen Kontakte sollten so weit wie möglich vermieden werden. Die Caritas Rheine freut sich allerdings, dass es möglich ist, die Suppenküche, über die täglich bedürftige Menschen mit einer warmen Mittagsmahlzeit versorgt werden, offen halten zu können.

Trotz der weit höheren Infektionszahlen kann also eine vorübergehende Schließung der Beratungsstellen wie im Frühjahr vermieden werden. Nur die Gruppenangebote sind vielerorts nicht mehr möglich. In

Botrop musste die Caritas beispielsweise den Kinder- und den Ehrenamtstreff aussetzen, in Bocholt kann der Spieletreff für Senioren derzeit nicht angeboten werden. Der war im Sommer mit Spuckschutzwänden wieder gut angelaufen. Manche Gruppenangebote wie die Ambulante Reha Sucht in Bochum laufen mit reduzierter Personenzahl weiter. Ein besonderes Angebot gibt es im Bochumer Hospiz St. Hildegard: Dort können Menschen, die jemand Nahestehenden verloren haben, mit ausgebildeten Ehrenamtlichen einen Trauerspaziergang machen.

Systematische Reihen-Testungen

Im Erzbistum Paderborn nehmen Caritas-Träger wie die örtlichen Caritasverbände in Paderborn und Arnsberg systematisch Reihen-Testungen aller Mitarbeiter, Bewohner, Gäste sowie Besucher von Altenhilfe-Einrichtungen mithilfe der POC-Antikörper-tests vor. Möglich ist dies im Rahmen der nationalen Teststrategie. Träger von Altenhilfe-Einrichtungen müssen demnach mit der Gesundheitsbehörde ein entsprechendes Testkonzept abstimmen. In den Diensten und Einrichtungen des Caritasverbandes Paderborn wird beispielsweise einmal pro Woche getestet. Sollte der Inzidenzwert wieder unter 50 sinken, wird auf 14-tägliche Tests umgestellt. Ziel ist es in erster Linie, die symptomlosen Corona-Fälle aufzudecken. Dies ist bislang in vier Fällen gelungen, darunter bei zwei Mitarbeitern, die das Virus ansonsten unwissentlich in eine Senioren-Wohngemeinschaft getragen hätten.




Bei der Caritas Oberhausen sollen Einrichtungen der Sozial- und Jugendhilfe sowie vergleichbare Beratungseinrichtungen bislang geöffnet bleiben. Das Bistro Jederman in Osterfeld und das Kontakt-Café Gleis 51 mussten dagegen schließen, weil beide Speisen und Getränke anbieten und als Treffpunkt für Austausch und Teilhabe dienen. Beide Einrichtungen bieten jedoch nach vorheriger Bestellung per Telefon die Mitnahme des Mittagessens an. ☞



AUSGABE DEZEMBER 2020

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.


Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

-  [caritas-nrw.de/nachrichten](https://www.caritas-nrw.de/nachrichten)
-  [facebook.de/caritas_in_NRW](https://www.facebook.de/caritas_in_NRW)
-  redaktion@caritas-nrw.de

ARMUTSBEKÄMPFUNG

Schuldnerberatung für alle öffnen

Ein Recht auf kostenfreie Schuldnerberatung wünscht sich Christoph Eikenbusch für jedermann. „Die mit der Corona-Pandemie verbundene negative Lage in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt lässt befürchten, dass Menschen ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können“, erklärt Eikenbusch, der die Abteilung „Armut - Teilhabe“ beim Caritasverband für das Erzbistum Paderborn leitet. „Mit Unterstützung von Beratungskräften kann in vielen Fällen erreicht werden, dass die wirtschaftliche Lage von Ratsuchenden überschaubar wird und sich somit stabilisiert.“ Doch der Zugang zur kostenlosen Schuldnerberatung ist in vielen Kommunen nur für Menschen möglich, die Hartz IV beziehen. Durch einen freien Zugang zur Beratung könnten viele Probleme vermieden werden.

Die Caritas im Erzbistum Paderborn bietet aber nicht nur Beratung, sondern auch konkrete Hilfe an. Aus dem 2014 aufgelegten Armutsfonds des Erzbistums Paderborn wurden mit knapp zehn Millionen Euro schon mehr als 200 Projekte gegen Armut unterstützt. Ob Armutsscouts im Wohnviertel, Finanzcoaching für Berufsschüler oder Physiotraining für Langzeitarbeitslose: An guten Ideen zur Bekämpfung von Armut mangelt es nämlich nicht. „Die Kreativität und das Engagement in den Kirchengemeinden und Verbänden sind sehr hoch“, sagt Eikenbusch, der auch in der Vergabekonferenz des Fonds sitzt. Eingerichtet wurde dieser, weil solche kreativen Ansätze für Wohlfahrtsverbände gewöhnlich kaum finanzierbar sind und weil öffentliche oder private Förderprogramme oft zu kompliziert oder an besondere Bedingungen geknüpft sind. Der Armutsfonds des Erzbistums verzichtet dagegen auf detaillierte Vergabekriterien. Damit hätten Verbände, Kirchengemeinden und Initiativen die Chance, „ohne Antragslyrik gezielt eine Projektidee voranzutreiben“.  CPD

WOHLFAHRTSPFLEGE WARNT

Krise verstärkt Suchtgefahren

Kontaktbeschränkungen, Homeoffice, Familienstress und Sorge um den Arbeitsplatz – die Belastungsfaktoren aufgrund der Corona-Krise sind für viele Menschen hoch. In diesen schwierigen Zeiten rauchen und trinken die Menschen in Deutschland mehr, das hat eine aktuelle Forsa-Umfrage ergeben. In der Krise steigt die Suchtgefahr.

Während des ersten Lockdowns im Frühjahr mussten viele der 173 Beratungsdienste in NRW ihre Face-to-Face-Arbeit einschränken. Mit großem Engagement und enormer Kreativität der Mitarbeitenden gelang es Suchtberatungsstellen, ihre Unterstützungsleistungen und Beratungen weitgehend aufrechtzuerhalten. Als die Beratungsstellen die Kontakteinschränkungen umsetzen mussten, sind die Sozialarbeiter auf Telefonberatung umgestiegen. Für manche Klienten war der Kontakt sogar leichter als vorher. Andere verlegten die Beratungen ins Freie - Spaziergänge erwiesen sich als niedrigschwellige Methode, die dringend notwendigen persönlichen Kontakte zu ermöglichen. Parallel wurde die Onlineberatung intensiviert.


„Wir wissen, dass es in dieser Zeit eine ansteigende Suchtproblematik im häuslichen Umfeld gegeben hat“, berichtet Ralph Seiler, Vorsitzender des Arbeitsausschusses Sucht der Freien Wohlfahrtspflege. Untersuchungen haben gezeigt, dass mehr Alkohol gekauft wurde. Aus den Gruppen der Suchtselbsthilfe - beispielsweise des katholischen Kreuzbundes - wurde berichtet, dass im Frühjahr fast alle Treffen ihrer Selbsthilfegruppen hätten ausfallen müssen und dies zu vielen Problemen und natürlich auch Rückfällen geführt habe. All das macht den Experten jetzt Sorge mit Blick auf den Winter. Soziale Kontrolle am Arbeitsplatz, ein strukturierter Tagesablauf, Entlastung bei der Kinderbetreuung - all das sind Faktoren, die einen positiven Einfluss auf das Suchtverhalten haben und die jetzt wieder eingeschränkt werden. Einsamkeit aufgrund von Kontaktsperren, die dunkle Jahreszeit, aber auch die Dynamik der Ängste in der Pandemie, dazu Sorgen um den Lebensunterhalt und die Zukunftsperspektiven würden ziemlich sicher dazu führen, dass die Suchtproblematik steige, erklären Suchtexperten. Das gilt für zunehmenden Alkoholkonsum im häuslichen Umfeld wie auch für problematischen und



Mindestens zwei Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen haben Alkoholprobleme.

Foto: Pixabay

pathologischen Internet- und PC-Gebrauch und die Glücksspielsucht.

Die Suchthilfe beklagt, dass ihre Arbeit oft unterhalb des Radars der öffentlichen Aufmerksamkeit läuft und zudem aufgrund klammer Kassen in den Kommunen gefährdet ist. Die Refinanzierung sei als freiwillige Leistung der Kommunen teils prekär, oft unsicher, so die Freie Wohlfahrtspflege. Mit einem Aktionstag Sucht Anfang November wollten die Suchtberatungsstellen den Dialog mit der Politik in den Kommunen anstoßen. „Wir brauchen neben der verlässlichen Finanzierung der Suchtberatung auch die Förderung von Präventionsangeboten in Schulen und für Arbeitgeber sowie Angehörigenberatung und Unterstützung von Kindern aus suchtbelasteten Familien“, sagt Seiler. Dass die Arbeit schon in normalen Zeiten wichtig ist, zeigen Zahlen des Gesundheitsministeriums. Mindestens zwei Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen haben Alkoholprobleme, und etwa 400 000 gelten als alkoholabhängig. Rund 100 000 Menschen in Nordrhein-Westfalen weisen ein problematisches oder pathologisches Glücksspielverhalten auf. Mehrere Zehntausend Menschen in Nordrhein-Westfalen sind abhängig von illegalen Drogen. 

M. L.

Licht in die Grauzone bringen

Die Ausbeutung von illegal Beschäftigten aus Osteuropa in deutschen Privathaushalten muss gestoppt werden.


300000 bis 600000 Personen aus Osteuropa versorgen als sogenannte „Live-ins“ Pflegebedürftige in deutschen Haushalten. Dass es nur Schätzungen über diese Zahl gibt, sagt schon viel über diesen Bereich aus. Er stellt sich als Grauzone dar, die alles zu bieten hat: Schwarzarbeit, Scheinselbstständigkeit, fehlende Kranken- und Sozialversicherung, mangelnden Arbeitsschutz, aber vor allem eins: Ausbeutung.

Fakt ist: Zu den Bedingungen der deutschen Pflegeversicherung ist eine häusliche Rund-um-die-Uhr-Betreuung für die wenigsten betroffenen Haushalte zu bezahlen. Der Markt hat sich hier sei-

ne eigene „Lösung“ gesucht. Fakt ist aber auch: Ohne das Armutsgefälle in Europa wäre diese „Lösung“ nicht möglich. Ähnlich wie in der Fleischindustrie hat sich so über viele Jahre hinweg ein fragwürdiges Geschäftsmodell etabliert, ein schwungvoller Handel mit „human resources“ von Ost nach West. „Liebevoller Frauen“, für kleines Geld rund um die Uhr im Einsatz, das ist ja so verlockend und scheint auch jederzeit möglich, wie die zahllosen Vermittlungsagenturen im Web versichern.

Alternative Modelle, wie das vom Diözesan-Caritasverband Paderborn seit 2009 in Kooperation mit Caritas Polen aufgebaute Projekt „CariFair“, konnten nie flächendeckend realisiert werden. Ein Grund besteht bis heute darin, dass

die wenigsten örtlichen Caritasverbände in der Lage sind, den erheblichen Aufwand für die vorgesehene Begleitung der polnischen Frauen zu stemmen. Umso mehr ist zu begrüßen, dass nach jahrelangem Wegschauern die Politik das Thema der illegal Beschäftigten in deutschen Privathaushalten endlich auf die Agenda gesetzt hat.

Der Vorstoß der SPD-Fraktion im NRW-Landtag ist ein erstes, aber wichtiges Signal. Am Ende müssen klare Regeln für faire und menschenwürdige Arbeitsverhältnisse stehen. Die Bewältigung der Notsituationen, in denen sich Familien mit Pflegebedürftigen befinden, darf nicht mit dem Elend von Frauen aus Osteuropa erkaufte werden. Die Grauzone muss sich endlich lichten. 

JÜRGEN SAUER

 j.sauer@caritas-paderborn.de

OSTEUROPÄISCHE HAUSHALTSHILFEN

CariFair als Leuchtturmprojekt

Der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn bemängelt den fehlenden politischen Willen, die Ausbeutung osteuropäischer Arbeitskräfte in der häuslichen Betreuung in Deutschland zu stoppen. „Es bewegt sich nichts, obwohl die Probleme in der sogenannten 24-Stunden-Pflege nicht nur in der Fachöffentlichkeit seit Jahren bekannt sind“, sagte Diözesan-Caritasdirektorin Esther van Bebbler im Vorfeld einer Landtagsanhörung auf Initiative der SPD-Fraktion.

Seit 2009 engagiert sich der Caritasverband Paderborn für die faire und legale Beschäftigung ausländischer Betreuungskräfte, die in Privathaushalten leben und arbeiten - ausgelöst durch die schlichte Feststellung, dass diese Frauen und Männer Teil der Versorgungsrealität in der ambulanten Pflege sind. Das unter dem Namen „CariFair“ etablierte und bundesweit beachtete Beschäftigungsmodell ist jetzt vom Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR) ausdrücklich als Vorbild für einen geregelten und fairen Einsatz empfohlen worden.

„Heraus aus der Grauzone“, so lautete anfangs der Arbeitstitel von „CariFair“. Doch genau in dieser Grauzone bewegen sich viele Beschäftigungsmodelle in der häuslichen Pflege und Betreuung. Es bestünden gravierende Mängel, wie es in der

jetzt vorgelegten DIMR-Analyse unter dem Titel „Arbeitsausbeutung beenden. Osteuropäische Arbeitskräfte in der häuslichen Betreuung in Deutschland“ heißt.

Ausbeuterische Verträge

Kritisiert werden ausbeuterische Vertragsverhältnisse ohne Sozialversicherungsbeiträge, Vertragsstrafen bei vorzeitiger Kündigung und unzumutbare Arbeitsbedingungen. Nach wie vor sei irreguläre Beschäftigung ohne Vertrag und Sozialversicherung - und damit ohne jeglichen Schutz - laut DIMR verbreitet. Ein weiteres Problem sei der unzureichende Zugang zu medizinischer Versorgung, weil der Nachweis über die Sozial- und Krankenversicherung fehle. Auch würden Betreuungskräfte als Mini- oder Midi-Jobber angemeldet, leisteten aber

faktisch einen Vollzeitjob. „Die Politik muss hier aktiv werden und klare rechtliche Voraussetzungen forcieren bzw. das vorhandene Regelwerk in seiner Umsetzung sichern und auch überprüfen“, betonte Esther van Bebbler. Der Diözesan-Caritasverband unterstützt die vom DIMR formulierten Handlungsempfehlungen für die Politik, um die Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse von im Haushalt lebenden Betreuungskräften zu regulieren.

Vorrangiges Ziel sollte laut DIMR die Anstellung der Betreuungskräfte im Privathaushalt sein, um auf diese Weise den Schutz durch Arbeits- und Sozialrecht gewährleisten zu können. Das Caritas-Angebot „CariFair“ ist auch nach Aussage des DIMR ein „Leuchtturmprojekt“, weil es Familien bei der Beschäftigung einer Betreuungskraft unterstützt und den Betreuungskräften durch die Anstellung im Haushalt zu rechtssicheren Beschäftigungsverhältnissen verhilft. Das Beschäftigungsmodell „CariFair“ wurde 2009 von den Caritasverbänden Soest, Olpe und Paderborn in Kooperation mit dem Diözesan-Caritasverband Paderborn entwickelt und ist inzwischen von weiteren Verbänden übernommen worden. 

 www.carifair.de

Streit um Flüchtlingshilfe

Die soziale Beratung von Geflüchteten durch qualifiziertes Personal ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für das Gelingen von Integration. Doch die Flüchtlingshilfe der Wohlfahrtsverbände wird ab Januar massiv geschwächt.

Anfang Oktober gab das NRW-Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) die Neuregelung des Förderprogramms „Soziale Beratung von Geflüchteten“ bekannt. Danach müssten die Wohlfahrtsverbände ab Januar 2021 in der Flüchtlingsberatung in den Landesunterkünften bis zu 15.000 Euro je bewilligte Vollzeitstelle selbst einbringen. Das Land NRW vermindert einfach seinen Finanzierungsanteil an diesen Personalkosten in beträchtlichem Ausmaß.

„Damit wird das gute Zusammenwirken der Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Flüchtlingsinitiativen mit dem Ministerium ernsthaft gefährdet“, kritisiert der Vorsitzende der LAG Freie Wohlfahrtspflege, Dr. Frank Johannes Hensel. Er forderte die Landesregierung auf, gemeinsam mit den engagierten Kräften in der Arbeit vor Ort die Förderprogrammatik so zu gestalten, dass funktionierende Beratungsstrukturen für geflüchtete Menschen gesichert werden können.

Tarifgebundene Träger haben das Nachsehen


Fachlich greift die Neuregelung zu kurz. So steht beispielsweise die standortübergreifende Fachbegleitung in der Asylverfahrensberatung oder bei Beschwerdestellen auf der Kippe. Würde sie wegfallen, wäre die Qualität der Beratung deutlich gefährdet. Wenn diese wichtige Vermittlungsaufgabe zwischen Flüchtlingen und Behörden infrage gestellt wird, hat das unguete Auswirkungen auf eine gelingende Integration und damit den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Um langjährig eingesetztes und entsprechend erfahrenes Personal weiterbeschäftigen zu können, müssen die Träger bis zu 15.000 Euro Eigenmittel pro Vollzeitstelle einsetzen. „Wenn gemeinnützige Organisationen diese Eigenmittel nicht aufbringen können, führt das zwangsläufig dazu, dass sie ihre Beratungsfachkräfte mit langjähriger Berufserfahrung und hoher

Expertise nicht weiterbeschäftigen können“, sagt Ahmad Omeirate, Diözesan-Referent für Migration, Integration und Flucht im Caritasverband für das Bistum Essen. Denn Fachkräfte mit hoher fachlicher Qualifikation seien unter diesen Bedingungen nicht mehr bezahlbar, sie würden quasi in die Arbeitslosigkeit geschickt. Hinzu kommt, dass mit den neuen Förderhöchstätzen tarifgebundene Träger im Vergleich zu untertariflich beschäftigenden Arbeitgebern deutlich benachteiligt werden.

„Für die Qualität der Beratung in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragen ist es fatal, wenn künftig Anbieter mit Dumpingpreisen den Auftrag zur Flüchtlingsberatung erhalten“, so Omeirate. Langfristig habe das auch Auswirkungen auf andere, ohnehin bereits überlastete Migrationsdienste, auf die die Ratsuchenden zurückgreifen könnten: „Wir betrachten es als humanitäre Verpflichtung, Geflüchteten Beratung anbieten zu können, die sich mit gesundheitlichen und psychischen Problemen in einem fremden Land in einer sozialen Ausnahmesituation befinden und Rahmenbedingungen zur Bewältigung ihres Alltags unzureichend kennen oder einschätzen können.“

„Das Integrationsministerium vollzieht einen Paradigmenwechsel weg von einer gemeinsamen Arbeit auf Augenhöhe, hin zu einem direktiven Umsetzungsverständnis“, kritisiert auch Henric Peeters, Caritasdirektor und Liga-Vorsitzender in Düsseldorf. Damit wäre dann auch die - bislang gerne angeführte - Unabhängigkeit der Beratung nachhaltig gefährdet.

Demgegenüber betont ein Sprecher des Ministeriums, die Förderung der sozialen Beratung von Flüchtlingen habe „nach wie vor einen hohen Stellenwert“. Das Fördervolumen werde mit dem neuen Haushalt von 30 auf 35 Millionen Euro sogar erhöht. Er gestand allerdings ein, dass das Verfahren mit der Umstellung der Finanzierung stärker als bisher für neue Träger geöffnet werden solle. 





PETITION ÜBERGEBEN

Bessere Arbeitsbedingungen gefordert

Aus Neuss in die Bundeshauptstadt: Die Behindertenhilfe der St. Augustinus Gruppe ist eines von 120 Sozialunternehmen hinter der Initiative „Mehr wert als ein Danke - Arbeiten für und mit Menschen“. Im Rahmen einer Petition für bessere Arbeitsbedingungen in der Sozialwirtschaft übergeben jetzt Geschäftsführer Wilfried Gaul-Canjé und mehrere Mitstreiter 53.000 Unterschriften an den Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages, Marian Wendt.

„Die Arbeitnehmer, die sich um Menschen mit Behinderungen und psychischen Beeinträchtigungen aufopferungsvoll kümmern, sollen nicht mit einem Dankeschön abgespeist werden“, fordert Wilfried Gaul-Canjé. Gerade die Corona-Pandemie habe schonungslos offengelegt, dass sich die Rahmenbedingungen für Mitarbeitende verbessern müssten. Beispielhaft zeige sich dies an der Corona-Prämie, die nach dem Tarifabschluss zwar viele Angestellte in Bund und Ländern erhielten, aber nur wenige Mitarbeitende in der Sozialwirtschaft.

Mehr als 120 Stiftungen, Verbände, Einrichtungen und Dienste aus der gesamten Freien Wohlfahrtspflege hatten sich bundesweit zu einer Initiative zusammengeschlossen, um drei zentrale Forderungen für die Mitarbeitenden in Sozialunternehmen an die Politik und Gesellschaft zu adressieren: bessere Arbeitsbedingungen, gerechter Lohn und mehr Wertschätzung. „Wir sehen, dass die Behindertenhilfe überhaupt nicht im Blick der Politik ist. Uns war es wichtig, hier in Berlin deutlich zu machen: Auch in der Sozialpsychiatrie und Behindertenhilfe wird Enormes geleistet“, so Gaul-Canjé. 

 www.mehr-wert-als-ein-danke.de



Neuer SKM-Bundesvorstand

Heinz-Georg Coenen aus Mönchengladbach (Bistum Aachen) ist von der Delegiertenversammlung zum neuen Vorstandsvorsitzenden des SKM-Bundesverbandes gewählt worden. Coenen arbeitet seit über 20 Jahren für den SKM. Als stellvertretenden Vorsitzenden wählte die Versammlung Ludger Urbic aus Duisburg (Bistum Münster), der zuvor acht Jahre als SKM-Bundesvorsitzender tätig war. Als einer der Beisitzer im Vorstand wurde Dr.-Ing. Bernd Lewen aus Lippstadt (Erzbistum Paderborn) neu gewählt. Wiedergewählt wurde der geistliche Beirat Pfarrer Frank Norbert Müller aus Köln (Erzdiözese Köln). ↩

Adventssammlung

Zum zweiten Mal in diesem Jahr ist die gemeinsame Sammlung von Diakonie und Caritas unter Corona-Bedingungen gestartet. Gingen seit 70 Jahren Ehrenamtliche dafür von Tür zu Tür, können sie jetzt nur Informationen einwerfen und um Überweisungen bitten. Die Adventssammlung läuft bis zum 12. Dezember unter dem Motto "Du für den Nächsten". In den katholischen Pfarregemeinden verbleiben die Sammlungserlöse zum weit überwiegenden Teil vor Ort und werden von den Ehrenamtlichen der Caritas für vielfältige soziale Zwecke eingesetzt.

"Solidarität bleibt gefragt. Die Monate der Pandemie haben uns gezeigt, wie wichtig es ist, aufeinander achtzugeben, um uns, vor allem aber auch den anderen zu schützen. Da benötigen wir wieder Ihr Engagement und Ihre Hilfe, um Menschen in Not helfen zu können", heißt es im gemeinsamen Sammlungsaufruf von Caritas und Diakonie. ↩

www.wirsammeln.de



Sprecher-Wechsel

Hans-Georg Liegener ist als Sprecher der OCV-Konferenz NRW ausgeschieden. Liegener, der noch bis Jahresende Vorstand des Krefelder Caritasverbandes ist, war seit 2011 Sprecher der OCV-Konferenz. Er habe sich besonders eingesetzt für die Verbindung und den Austausch zwischen den Orts-Caritasverbänden in NRW und die Beziehungen dieser OCV-Konferenz zur Bundesebene, hieß es. Nachfolger als Sprecher der OCV ist der Kölner Orts-Caritasdirektor Peter Krücker, der einstimmig für vier Jahre gewählt wurde. ↩

SCHUTZSCHIRM NOTWENDIG

Mutter-Kind-Kliniken unter verschärftem Druck

Bis zum Spätsommer standen sie unter dem Schutzschirm - jetzt sind Mutter-Kind-Kliniken wieder in wirtschaftlichen Nöten. Einnahmeausfälle wegen abgesagter Kuren, Schließungen wegen Corona-Infektionen beim Personal, erhöhter Hygiene-Aufwand und Teil-Leerstand sind einige der Probleme, die zur wirtschaftlichen Krise führten. Zunächst hieß es, Mindereinnahmen sollten über die jährlichen Tagessatzverhandlungen mit den Krankenkassen geklärt werden. Doch die sahen sich dazu rechtlich nicht in der Lage.

Erhebliche Risiken

Deswegen soll das Gesundheits- und Pflegeverbesserungsgesetz einen Verhandlungsweg mit den Krankenkassen für Mehrkosten und Minderauslastungen eröffnen. Gelingt das nicht, sind die Risiken für die Kliniken erheblich: So kostete der coronabe-

dingte Abbruch einer einzigen Kurmaßnahme, wie jüngst nach Auslaufen des Rettungsschirms geschehen, den Caritasverband Brilon rund 330.000 Euro.

Teilerfolg durch das neue Infektionsschutzgesetz

Aktuell ist mit dem neuen Infektionsschutzgesetz ein vorerst auf zweieinhalb Monate befristeter neuer Rettungsschirm aufgespannt worden. Übernommen wird die Hälfte der Kostenausfälle, orientiert an den durchschnittlichen Tagespauschalen. Die Kliniken benötigten solch verlässliche finanzielle Hilfen, sonst drohe die familienstärkende Hilfe und Unterstützung ausge-rechnet in der Krise verloren zu gehen, erklärt Verena Ising-Volmer, Referatsleiterin „Kur- und Erholungshilfen“ beim Diözesan-Caritasverband Paderborn. ↩

NEUES REKORDERGEBNIS

Über 4,6 Mio. Euro für Aktion Lichtblicke

Die Menschen in NRW können sich aufeinander verlassen. Das zeigt das übertragene Spendenergebnis der Aktion Lichtblicke. Die gemeinsame Hilfsaktion der NRW-Lokalradios sowie der kirchlichen Hilfswerke Diakonie und Caritas in Nordrhein-Westfalen freut sich über ein Rekordergebnis von über 4,6 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2019/2020, das am 30.09.2020 endete. Im 22-jährigen Bestehen der Aktion Lichtblicke konnte die Hilfsaktion für benachteiligte Kinder und Jugendliche aus NRW noch nie eine solch hohe Spenden-summe erzielen. Mit einem Plus von rund 841.000 Euro (+ 22,2 Prozent) liegt das Ergebnis der Spendenaktion erstmals - und gleich deutlich - über vier Millionen Euro.

Einen Anteil an diesem großen Erfolg hat die neu eingerichtete Corona-Hilfe. Sie ist ein Zeichen der Solidarität der Aktion Lichtblicke und des NRW-Lokalfunks mit den Menschen, die besonders hart von den Auswirkungen der Pandemie betroffen sind. Ende März wurde daher die Möglichkeit geschaffen, zielgerichtet für die Familien mit Kindern zu spenden, die durch die Folgen von Corona unerwartet in eine existenziell bedrohliche Situation geraten sind. Für die Corona-Hilfe kamen in einem halben Jahr rund 480.000 Euro zusammen. Diese Corona-Hilfe läuft weiter.

In 13 planmäßigen Sitzungen und zusätzlichen zwölf Abstimmungsterminen im Rahmen der Corona-Hilfe hat der Lichtblicke-Spendenbeirat im vergangenen Jahr insgesamt 2557 Anträge auf finanzielle Hilfe positiv beschieden, davon entfielen 309 auf die Corona-Hilfe. Insgesamt wurden mit über vier Millionen Euro rund 12600 benachteiligte Kinder und Jugendliche in NRW finanziell unterstützt.

„In einem so ungewöhnlichen Jahr, das von zahlreichen Entbehrenungen und schlechten Nachrichten geprägt ist, freut man sich umso mehr über die Lichtblicke, die es trotz allem gibt. Das mehr als positive Spendenergebnis unserer Hilfsaktion zeigt: In Nordrhein-Westfalen hilft man sich gegenseitig - in guten, aber vor allem in schlechten Zeiten“, sagt Dr. Frank Johannes Hensel, Vorstandsvorsitzender der Aktion Lichtblicke e. V. ◀

ZUM 50. JUBILÄUM DER GLÜCKSSPIRALE

WestLotto verschickt Torten an soziale Einrichtungen in NRW

„Wer Geburtstag hat, gibt Kuchen aus“ – unter diesem Motto hat WestLotto 100 riesige GlücksSpirale-Torten an 50 Einrichtungen der Wohlfahrtspflege in NRW verschickt.

Die beiden ersten Riesen-Torten wurden in einem Kölner Seniorenheim der Caritas im Beisein des Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Dr. Frank Johannes Hensel, angeschnitten. Die Torten kommen dem Personal und den Bewohnerinnen und Bewohnern des Caritas-Altenzentrums St. Georg zugute. Zu den weiteren Empfängern von je zwei Torten gehörten Senioren- und Pflegeheime, Erstaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete sowie Kitas und Geschäftsstellen im gesamten Bundesland NRW.

WestLotto-Geschäftsführerin Christiane Jansen, die aufgrund der aktuellen Pandemiesituation auf einen persönlichen Präsenztermin bei der Übergabe in Köln verzichtete, kommentierte die landesweite Geburtstagstortenaktion: „Die vielfältigen sozialen Einrichtungen der Wohlfahrtspflege sind unverzichtbar für uns. In nahezu jeder Lebenssituation und jedem Alter profitieren wir auf die eine oder andere Weise von ihrer Unterstützung. Daher freut es mich besonders, mit dieser Aktion unsere Wertschätzung und Unterstützung des Personals und der Ehrenamtlichen zu zeigen.“ Die Torten der GlücksSpirale sind Teil eines Programms, mit dem WestLotto im Jahr 2020 den 50. Geburtstag der GlücksSpirale feiert. Aus ihren Erträgen wird neben dem Deutschen Olympischen Sportbund seit 1976 auch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege gefördert. WestLotto ist stolz, als Partner der GlücksSpirale im Bundesland NRW ebenfalls Sport, Wohlfahrt und Kultur zu unterstützen. ◀

M. LAHRMANN

DIE REDAKTION WÜNSCHT ALLEN LESERINNEN UND LESERN EIN FROHES UND GEGNÜGENDES WEIHNACHTSFEST UND EIN GLÜCKLICHES UND GESUNDES JAHR 2021!



Freuten sich über die Geburtstagstorte von WestLotto: Nadine Heimüller (links) und Nicole Rethmeier, Sozialarbeiterinnen in der Fachberatungsstelle für Wohnungslose des Katholischen Vereins für soziale Dienste (SKM) in Paderborn

Foto: Nolte

caritas in NRW AKTUELL

Hubertusstr. 3, 40219 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Titelfoto: Harald Westbeld

Abo-Fragen: Kevin Jandrey,
Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de
Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltungskonzept: skdesign, Köln

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung:

Bonifatius GmbH, Astrid Rohde
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,
Tel.: 05251/153-222, Fax: 05251/153-104
astrid.rohde@bonifatius.de
ISSN 1611-3527

IMPRESSUM